

## Recht auf Bildung: In Bamberg Nebensache?

Sparzwang im Rathaus: Qualität, Angebot und Klassenzahlen der städtischen Schulen werden zusammengestrichen

Das Recht vieler Jungen und Mädchen aus Stadt und Landkreis auf eine ihrer Begabung gemäße schulische Ausbildung bleibt auf dem Papier. Zu wenige Klassen und zu wenige Lehrkräfte führen zum Aufnahmestopp an Bamberger Schulen und zu einer Fülle von Vertretungsstunden. Notwendige Bauinvestitionen werden unterlassen, die verlässliche Halbtagschule ist der Ausnahmefall. An Bambergs Schulen wird gespart.

Der Notenschnitt für die Schulpolitik von Verwaltung und Stadtratsmehrheit zu Beginn des Schuljahrs: Mangelhaft!

### Beispiel 1: Graf-Stauffenberg-Realschule

Die R6, die sechsjährige Langform der Realschule, wurde hier erstmals in diesem Jahr eingerichtet. Klar war von Anfang an: Die Klassenanzahl wird nicht reichen. Der Bedarf ist erheblich höher. Die Schulleitung hatte den Mangel zu managen. Und tatsächlich: Der Realschule gelang eine „Punktlandung“. Exakt drei Klassen wurden gebildet, mit genügend Luft, um während des ersten Halbjahres noch SchülerInnen, die das Gymnasium wieder verlassen wollen, auffangen zu können. Aber annähernd 60 Kinder, zum Teil aus Stegaurach oder Memmelsdorf, deren Alltag nach Bamberg orientiert ist, müssen nun viel weiter entfernte Realschulen im Umland besuchen.

Mit der R4 haben HauptschülerInnen die Chance, auch noch nach der 6. Klasse auf eine Realschule zu wechseln. Die Stadtverwaltung plante nur eine 7. Eingangsklasse. Der Schul- und Kultursenat beschloss immerhin, noch eine zweite einzurichten. Die Leitung der Realschule wies aber schon 2000 darauf hin: Viel zu wenig! Und richtig: 16 SchülerInnen aus der Stadt mussten immer noch abgewiesen werden. Im Feriensenat stellte die GAL den dringenden Antrag, drei 7. Klassen anzubieten, aber die Stadträte von CSU, SPD und ÜBG sahen keinen Handlungsbedarf, denn die SchülerInnen, die vor allem vom Gymnasium auf die Realschule wechseln wollten, hatten angegeben, im Falle der Nichtaufnahme am Gymnasium zu bleiben. Zynismus angesichts der Bemühungen von Eltern und Kindern, die nicht mehr als eine angemessene, nicht überfordernde, aber Erfolg versprechende Schulausbildung wollen.

### Beispiel 2: Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule

Seit Jahren sieht sich die Schulleitung mit einer Interessentenzahl konfrontiert, die vorhandene Kapazitäten weit übersteigt. Die Anzahl der Klassen an dieser Schule wurde dennoch in den letzten Jahren verringert und soll noch weiter reduziert werden.

Die Situation 2001: In der vierstufigen Form konnten alle übertrittswilligen SchülerInnen aufgenommen werden. In der zweistufigen Schulform war das eklatant anders: 179 Kinder meldeten

ihr Interesse, „nur“ 108 meldeten sich effektiv an. Über diese Differenz darf spekuliert werden: Wurden die Übrigen abgeschreckt, weil die Schulleitung mitteilen musste, dass letztlich nur 76 aufgenommen werden würden? Schließlich und endlich: 32 SchülerInnen erfuhren, dass es für sie in der angestrebten Schulform keinen Platz gibt, obwohl sie die Voraussetzungen erfüllt hätten.

### Beispiel 3: Haushaltsmisere

Die Personalkosten der städtischen Schulen belasten den ohnehin maroden Haushalt der Stadt. Deshalb muss gespart werden. Bis zum Jahr 2004 sind die Personalkosten um 5% (Maßstab Haushalt 2000) zu verringern. So werden auch LehrerInnen Opfer der Schulpolitik der Stadtratsmehrheit. Aber vor allem trifft's die SchülerInnen: Notwendige Fortbildungen, Abwesenheitszeiten aus dienstlichen Gründen, Krankheitszeiten der Lehrkräfte können nicht aufgefangen werden. Am Ende des Schuljahres 1999/2000 wurde es offensichtlich. Nur ein personell höherer Einsatz hätte in einer 8. Klasse der Graf-Stauffenberg-Schule ermöglicht, den höheren Ansprüchen zum Teil schwieriger Jugendlicher gerecht zu werden. Folge: 16 von 33 SchülerInnen erreichten das Klassenziel nicht.

### Beispiel 4: Bauinvestitionen

Kein Geheimnis: Die Bauinvestitionen in den Schulen im Stadtgebiet hin-



den Erfordernissen hinterher. Seit Jahren schiebt die Stadt einen Sanierungsbedarf in Millionenhöhe vor sich her.

Eine Quittung erhielt die Stadt bei der Bildung des Zweckverbandes Gymnasien mit dem Landkreis. Die Kosten des Schulaufwandes in den Bamberger Gymnasien werden exakt im Verhältnis der SchülerInnen aus Landkreis und Stadt zwischen den Zweckverbandsmitgliedern aufgeteilt. Darüber hinaus aber muss die Stadt acht Jahre lang 500.000 DM jährlich hinblättern, um die Sanierungsrückstände zu beheben.

### Beispiel 5: M- und P-Klassen

Um die Hauptschulen zu stärken, initiierte das bayerische Kultusministerium die Konzepte „M-Klasse“ (Mittlere Reife an Hauptschulen) und „P-Klasse“ (Praxis-Klassen, die Begabungen weniger über abstrakte Inhalte, sondern eher im praktischen Tun entwickeln). Als sich die Einrichtung einer M-Klasse im Landkreis andeutete, pro-

testierten Teile von Stadtrat und Verwaltung: Bamberg sei eine Schulstadt, die M-Klasse gehöre daher in die Stadt. Heute gibt es einen M-Klassen-Zug an der Trimberg-Schule. Der Einsatz für die P-Klasse war weniger engagiert. Hier existiert nicht einmal die notwendige Ausstattung für den praktischen Unterricht.

### Beispiel 6: Verlässliche Halbtagschule: Elternsache

Nicht wenige Eltern und PädagogInnen fordern die Ganztagschule. Die Staatsregierung will jedoch nicht mehr als die verlässliche Halbtagschule (Betreuung über die Mittagszeit hinaus) bieten. Dagegen sind wiederum die Städte, denn für die Ganztagschule wäre finanziell das Land zuständig, für die Mittagsbetreuung sollen die Städte in die Pflicht genommen werden.

Unabhängig vom Finanzierungsstreit: Eine Unterstützung der Familien ist nötig. Der Anteil von Ein-Elternfamilien ist mittlerweile auf 20% gestiegen. Plausibel, dass gerade sie auf Unterstützung angewiesen sind, wenn die Schule schon zu Ende ist, der alleinerziehende Elternteil aber noch arbeitet.

Eine Anfrage der GAL vom 20. Mai 2001 nach der Situation in Bamberg blieb bis heute unbeantwortet. Aber es scheint so zu sein: An den wenigen Schulen mit Mittagsbetreuung gibt es zwei Varianten: Die Eltern übernehmen die Betreuung selbst oder sie zahlen dafür. Städtische Unterstützung: Fehlanzeige. Eltern aus anderen Schulsprengeln, die im kommenden Schuljahr ihre Kinder in der Domschule unterbringen wollten, weil dort die Betreuung gewährleistet wäre, sollen auf Granit gebissen haben. Sprengelgrenzen scheinen wichtiger gewesen zu sein.

*Fazit: Wenn das Geld knapp ist, muss mensch den Gürtel nicht gerade um den Kopf enger schnallen.*

## I N H A L T

### 20 Jahre GAL

Zwei Seiten zum Geburtstag der GAL:  
**Interview** mit Wegbegleiterinnen von der ersten Stunde an  
**Chronik** einer Erfolgsgeschichte

Seiten 4 und 5

### Kreuzritter von gestern

Bayern bekämpft die „Eingetragene Partnerschaft“ und will homosexuelle Paare ins Abseits drängen. Ein Kommentar der grünen Landtagsabgeordneten Christine Stahl

Seite 2

### Schneewittchens Stiefmütter

Statt regionalem Denken sind Eitelkeiten im Wirtschaftsraum Bamberg vorherrschend, und die Politik wird bestimmt von persönlichen Fehden und Animositäten.

Seite 3

### An den BürgerInnen vorbei geplant

Die Planungen für die City-Passage laufen. Aber sie laufen ohne die Bürger und Bürgerinnen. Es könnte deshalb sein, dass bald noch etwas anderes läuft: Ein Bürgerbegehren.

Seite 6

### Mehr als nur Sanierungen

Eine alte GAL-Forderung scheint real zu werden: Das Programm „Die soziale Stadt“ soll für Bamberg beantragt werden. Mehr über Inhalte und Vorzüge

Seite 7

### Rathausmagazin

Wie im Stadtrat über die Ängste der Bevölkerung vor Mobilfunkanlagen diskutiert wird

**und**  
Wie sauber Bamberg ist

**und**  
Wie sehr den Männern im Rathaus die Gleichstellung am Herzen liegt

Seite 8

## Eine neue Schulpolitik ist nötig.

1. Das Recht unserer Kinder auf einen Platz in einer ihrer Begabung entsprechenden Schulform muss gewahrt werden. Für Bauinvestitionen und Sachaufwand müssen Mittel zur Verfügung stehen.
2. Der Region-Gedanke muss weiter entwickelt werden. Alle weiterführenden Schulen sind in den jetzigen Zweckverband „Gymnasien“ einzubeziehen.
3. Solange die städtischen Schulen nicht vom Freistaat übernommen werden (und das ist nicht absehbar), trägt die Stadt die Verantwortung dafür, dass die Kinder keine Nachteile erleiden. Das schließt auch ein, dass genügend Personal zur Verfügung stehen muss, damit pädagogisch notwendiger Differenzierungsunterricht und Vertretungsstunden durch entsprechende FachlehrerInnen möglich ist.
4. Sozialplanung muss Schulverwaltung und Schulleitungen in die Lage versetzen, den Bedarf an Eingangsklassen in den Grundschulen frühzeitig und über Jahre im voraus zu überblicken. Sprengelgrenzen müssen flexibel sein und Bedürfnisse von Eltern und Kindern besser berücksichtigen.
5. Der Bedarf für die verlässliche Halbtagschule in Bamberg muss schnellstens geklärt werden. Die Finanzierung dieser Unterstützung kann nicht Sache der Eltern sein.

# Ein Bild der Verwüstung



Über 20 zum Teil sehr alte Bäume wurden Mitte September im Stadionbad gefällt. Zugeständnis an die Sanierung und Modernisierung des Bades.

Im Bild GAL-Stadträtin Petra Friedrich mit einem Mitarbeiter des städtischen Gartenamtes.

Fotos: Sylvia Schaible

Ein Bild der Verwüstung bot das Stadionbad Mitte September, als die der Sanierung im Weg stehenden Bäume gefällt und zerstückelt wurden. Insgesamt 34 Bäume sollten dem Vorhaben zum Opfer fallen, so jedenfalls das Protokoll eines Ortstermins von Bauträger (Stadtwerke), Architekturbüro, Gartenamt und Umweltamt. Ob es dabei geblieben ist, konnte die GAL nicht feststellen und wird wahrscheinlich auch sonst niemand kontrollieren, denn Bauamt, Gartenamt und Umweltamt sind nach eigenen Aussagen heillos überlastet. Zudem sind durch die schweren Baumaschinen, durch das Ver-

einzelnen von ehemals in Gruppen stehenden Bäumen und durch die zu erwartende Veränderung des Grundwasserspiegels weitere Bäume stark bedroht. Auch das Verpflanzen einer alten Rotbuche, im FT groß berichtet, mag gut gemeint sein, ist aber tatsächlich Augenwischerei. Laut einem Experten des Gartenamtes sind die Überlebenschancen gerade bei dieser Baumart besonders gering: 90% der Rotbuchen sterben ab.

Dass Bäume bei größeren Bauvorhaben einen minderen Stellenwert haben, wird am Beispiel Stadionbad-Sanierung mehr als deutlich. Der Bausenat war nur

einmal (nämlich beim konkreten Bauantrag) damit befasst. Dabei kam zwar auch der zu fällende Baumbestand zur Sprache, aber nur in Zahlen und ohne genaue Pläne. Dabei hätte es in diesem Fall auch schlimmer kommen können: Nach der Baugenehmigung einigten sich die Stadtwerke mit Garten- und Umweltamt immerhin darauf, die Zahl der zu fällenden Bäume von über 60 auf 34 zu reduzieren. Aber schon hier liegt die Krux: Der vorhandene Baumbestand wird im Auftrag des Bauherren aufgenommen und auch die Fällungen gibt eben dieser Bauherr im Auftrag – eine Kontrolle gibt es

danach, wie gesagt, nicht mehr.

Der Stadtwerke-Aufsichtsrat erhielt zwar immer wieder Informationen über die Planungen, aber dort ist die GAL nicht vertreten, und die anderen Parteien scheint der Baumbestand nicht gekümmert zu haben. Durch aufgeregte BürgerInnen und den Bund Naturschutz erfuhr die GAL erst in den Sommerferien von einem drohenden Kahlschlag am Stadion. GAL-Stadträtin Petra Friedrich wurde bei ihren Nachfragen in der Verwaltung wegen Nicht-Zuständigkeit und Urlaubszeit hin und her verwiesen und bekam von den verschiedenen Ämtern derart unter-

schiedliche Auskünfte, dass es nur noch Verwirrung gab. Nach Wochen schließlich drückte ihr der stellvertretende Stadtwerke-Leiter Hubert am letzten Ferientag einen (noch dazu ungeeigneten) Plan in die Hände – mit den Worten: „Jetzt sind die Bäume allerdings schon gefällt.“ So war's dann auch: Der Ortster-

min der GAL konnte nur noch vollendete Tatsachen im Bild festhalten.

Die GAL will nun erreichen, dass bei Baugenehmigungen künftig ein Rodungsplan vorzulegen ist, damit nicht erst mühsam recherchiert werden muss und gegebenenfalls eine schnellere Reaktion möglich ist.

*nei gegagd*

## Interesselos – verantwortungslos

Viktoria Petrenko, Alexander Nogaller - ihre Geschichte, bevor sie nach Bamberg zogen - ihr Alltag in der neuen Heimat: der Fränkische Tag hat eine Serie aufgelegt, die Bamberg mit ihren Neu-BürgerInnen bekannt macht. Die Idee macht Sinn. Sie birgt die Chance, aus der Verunsicherung vieler BambergerInnen, dass in den Bus-Linien 16 und 26 nach Gaustadt so viel Russisch gesprochen wird, Neugier werden zu lassen.

Aber die NeubürgerInnen brauchen auch Unterstützung. Bekannt ist: Junge russische SpätaussiedlerInnen haben mit die schlechtesten Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Ihre Angst, keine Zukunft in Deutschland zu haben, lässt überproportional viele zu Drogen greifen. Über ein Drittel der Heroin-Toten Nürnbergs stammte im letzten Jahr aus der ehemaligen Sowjetunion.

Vor allem die Unterstützung junger SpätaussiedlerInnen oder Kontingentflüchtlinge aus Osteuropa durch eine geeignete Schulausbildung ist unverzichtbar. Anders in Bamberg: Die Jakobsschule, einzige Schul-Einrichtung für Kinder aus Spätaussiedlerfamilien in Stadt und Landkreis, schließt ihre Tore ab 2002. Grund: Es gibt künftig keinen Träger mehr. Dem bisherigen Träger (Sozialdienst Katholischer Frauen) fehlen ab 2002 ein Schulgebäude und 60.000 DM, um ohne Defizit arbeiten zu können.

Die Reaktion der Stadt Bamberg? Nein, nicht die Suche nach einem neuen Träger und einem neuen Gebäude. Stattdessen sollen die JakobsschülerInnen auf Grund- und Hauptschulen verteilt werden.

Pädagogisch sicher eine Niederlage: Die Kompetenz der mit jungen Spätaussiedlern erfahrenen Lehrkräfte wird nicht mehr genutzt. Wirtschaftlich wohl ebenfalls ein Flop: Zweisprachige und Eingliederungsklassen an mehreren Schulen müssen gegründet werden.

WB

## >>>> DURCHBLICK NACH MÜNCHEN >>>>

### Kreuzritter von gestern

Unabhängig davon, wie lange sie schon zusammen lebten, galten gleichgeschlechtliche PartnerInnen bis vor kurzem vor dem Gesetz in Deutschland als Fremde. Sie hatten nicht die gleichen BürgerInnenrechte wie heterosexuelle Lebensgemeinschaften, übernahmen zwar gegenseitig Fürsorgepflichten, ohne aber rechtlich abgesichert zu sein. Auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen hat die Bundesregierung nun ein Lebenspartnerschaftsgesetz umgesetzt und ist damit auch dem Verfassungsauftrag gerecht geworden, der eine Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung verbietet.

Bis zur letzten Minute versuchte jedoch insbesondere die Bayerische Staatsregierung, die gesellschaftliche Gleichstellung von Homosexuellen zu torpedieren. So wollte sie mit Unterstützung der Sächsischen Staatsregierung per Eilantrag erreichen, dass das Gesetz auf Eis gelegt wird, bis das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit der eingetragenen Partnerschaften geprüft hat. Mit diesem Versuch sind die Gegner aber kläglich gescheitert.

Auch der Hauptverhandlung, in der über Bayerns Verfassungsklage gegen das

Gesetz entschieden wird, können wir mit großer Zuversicht entgegensehen. Stoibers Wehklagen über die vermeintliche Gefährdung von Ehe und Familie wird der juristischen Prüfung nicht stand halten. Die Staatsregierung kämpft mit ihrem Kreuzzug gegen die Rechte homosexueller Paare die Schlachten von gestern.

Nach der Zurückweisung des Eilantrags lässt sich die Staatsregierung jetzt offensichtlich von kleinlichen Rachegefühlen leiten und praktiziert eine Verzögerungstaktik: Zuerst verwehrt sie eine Eintragung von Lebenspartnerschaften ab dem 1. August 2001, dem Tag des Inkrafttretens des Bundesgesetzes. Eine Rechtsgleichheit und Rechtsunsicherheit in Bayern, die es nach unserer Meinung nicht geben darf.

Dann entschied die Staatsregierung, dass in Bayern nur Notare eine solche Eintragung vornehmen können, obwohl laut Bundesgesetz eine Behörde vorgesehen ist. Notare sind zwar mit öffentlichen Aufgaben betraute Unternehmer, sie sind jedoch unabhängig und unterliegen im Gegensatz zu Behörden keiner Staatshaftung. Die Staatsregierung verweist also Lesben und Schwule wieder in den privaten Bereich, eine gesellschaftliche Anerkennung soll ihnen weiterhin verwehrt bleiben. Außerdem sind für die Paare erheblich höhere Kosten beim Notar zu befürchten.

Weil sich viele dennoch nicht von ihrer Entscheidung für eine Lebenspartnerschaft

abbringen lassen, geben sich einige bayerische Paare einfach außerhalb Bayerns das Ja-Wort. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen will ihnen ein besonderes Hochzeits-Geschenk machen: ein Sektempfang in den heiligen Hallen des Bayerischen Landtags. Termin soll der 9. oder 10. Oktober sein – der Tag, an dem das bayerische Ausführungsgesetz für die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Landtagsplenum voraussichtlich zur 1. Lesung aufgerufen wird.



Christine Stahl ist Fraktionsvorsitzende der bayerischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

# Wer ist der Schönste im ganzen Land?

Rivalitäten in Bamberg Stadt und Land behindern eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

„Boom town Bamberg“ hieß es in einem Wirtschaftsjournal so schön, und berichtet wurde von einem engagierten und attraktiven Wirtschaftsstandort Bamberg. Doch die Berichtersteller sind weit weg und erfassen nur die halbe Wahrheit. Denn: Potentiale sind zwar da im Wirtschaftsraum Bamberg, aber sie schlummern sanft vor sich hin. Und das liegt vor allem an den politisch führenden Kräften in Stadt und Land, die lieber Kleinfehden ausfechten als gemeinsam Ideen zu entwickeln.

Auch das Bamberger Rathaus befindet sich in einem wirtschaftspolitischen Dämmerzustand - weniger „boom“ als vielmehr „sleeping town hall“. Beschäftigt ist man vor allem mit der miesen Haushaltslage und setzt den Rotstift allerorten an: eine komplette 32-köpfige Schulklasse an der städtischen Wirtschaftsschule wird abgewiesen (siehe Bericht S.1) - aus Geldmangel; die Sanierung des Kalko-Ziegelbaus wird gestoppt - aus Geldmangel; die Tarife in den Alten- und Pflegeheimen werden unablässig angehoben - aus Geldmangel; man liebäugelt sogar mit dem Verkauf der Stadtbau GmbH - aus Geldmangel. Und vor lauter Finanznöten und Sparzwängen versäumt man es, den Wirtschaftsstandort Bamberg weiterzuentwickeln, zu mobilisieren und neue Ideen aufzugreifen. Würde die Wirt-

schaftskraft in Bamberg boomten, sähe es dank der Gewerbesteuer schon sehr viel besser aus in Bambergs Stadtkasse.

## Viel Papier – wenig Taten

Die GAL-Stadtratsfraktion hat sich immer wieder öffentlich geäußert, wie wichtig es ist, mit den umliegenden Gemeinden im Landkreis Bamberg an einem gemeinsamen Wirtschaftsstrang zu ziehen, der übrigens bis in den Wirtschaftsraum Forchheim Stadt und Land reicht. Auch die Verantwortlichen sind inzwischen darauf gekommen, was schwarz auf weiß schon hier und da festgehalten ist. So beispielweise ein gemeinsam unterschriebenes Papier aus Stadt und Landkreis Bamberg und Forchheim. Dieser Urkunde folgte ein weiteres Papier, nämlich eine so-

genannte „Stärken-Schwächen-Analyse“ für den Wirtschaftsraum Bamberg-Forchheim. Und noch mehr Papier wurde produziert: etwa das Konzept für Bamberg und Hallstadt in Sachen „Gewerbegebiet Laubanger“ oder das „interkommunale Entwicklungskonzept“ für Bamberg-Hirschaid-Bischberg-Hallstadt. Hervorragende Ansätze, um „Regionales Denken“ in die Köpfe zu bringen.

## Stur- und Schlauköpfe

Aber in welche Köpfe? Das sind jede Menge. Die Oberhäupter der Gemeinden, Städte und Landkreise, sowie die Häupter der Verwaltungen und Räte. Jede Menge Schlauköpfe, jede Menge Sturköpfe. Und die haben Jahrzehnte lang gerade andersherum gedacht, nämlich nicht in und für die Region, sondern haben sich ihren Kopf zerbrochen, wie es „mit meiner Gemeinde“ aufwärts geht. Und da war es an der Tagesordnung, schneller, besser, schlauer zu sein als die Nachbargemeinde. Die Konkurrenzsituation „Jeder gegen jeden“ spiegelt sich bis heute in persönlich lange gewachsenen Animositäten wieder, die die Atmosphäre ver-

giften. „Wer ist der Schönste im ganzen Land?“ ist nach wie vor der Motivationsschub, sich ins Zeug zu legen. Kein Wunder: Solange lauter Stiefmütter Schneewittchens das Land regieren, haben interkommunale Konzepte kaum eine Chance.

## Anachronistisches Denken

Nach wie vor streitet man sich munter um Gewerbeansiedlungen, Wasserschutzgebiete, Kulturkostenübernahmen, Schulkosten, Hafengleisumlegun-

gen, und ist weit davon entfernt, gemeinsam zu eruiieren, wo welche Ansiedlung am sinnvollsten ist, wo welches Projekt mehr Effizienz bringt. Das kleinräumige Denken ist nicht nur schuld an der Zersiedelung unserer Landschaft, es ist ein Anachronismus, der unsere Region im Vergleich zu Regionen um Würzburg, Bayreuth und Nürnberg abhängt. Ökologische, soziale, kulturelle und ökonomische Pluspunkte sind gerade im Raum Bamberg-Forchheim hervorragend darzustellen. Dafür ist es aber unumgänglich, dass alle Beteiligten die

Vorteile eines gemeinsamen Erscheinungsbildes erkennen. Zaubermagie wie „interkommunaler Finanzausgleich“, „Gewerbesteuerzweckverband“, „Regionalmarketing“ müssen schnellstmöglich in die oben genannten Schlauch- und Sturköpfe Eingang finden. Ein gemeinsam getragenes Regionalmanagement bedeutet mehr als herkömmliche Wirtschaftsförderung, es bedeutet ein Miteinander, ein Geben und Nehmen und gegenseitigen Respekt.

Noch also fehlt es am Grundsätzlichen.



Foto: Axel Nordmann

## Zauberwörter des regionalen Denkens

### Interkommunaler Finanzausgleich:

Finanzausgleich innerhalb einer Region, der berücksichtigt, dass bestimmte soziale, kulturelle oder andere Einrichtungen von einem bestimmten Teil der Region bereitgestellt, aber von der gesamten Region genutzt werden. Beispiele: Theater, Schulen, Hallen, öffentlicher Nahverkehr.

### Regionalmarketing:

Vermarktungsstrukturen von Produkten einer Region für diese Region. Zusammenschluss von Produzenten vor Ort zu gemeinsamen Labels oder Siegeln, die auf die regionale Herkunft hinweisen.

### Gewerbesteuerzweckverband:

Zusammenschluss eines Wirtschaftsraums, in dem die Einnahmen aus Gewerbesteuern nach einem vereinbarten Schlüssel auf alle Gemeinden umgelegt werden. Bisher bekommt jede Gemeinde die Gewerbesteuern von Gewerbebetrieben auf ihrem Gebiet, so dass zum Teil krasse Konkurrenzsituationen innerhalb eines Wirtschaftsraums auftreten.

### Regionalmanagement:

Weit gefasstes regionales Denken, das sich nicht nur auf Wirtschaftspolitik bezieht, sondern auch Bereiche wie Schulbedarf, Bedarf an Altenheimplätzen, Planung von Mobilfunkanlagen, Einzelhandelsgebieten u.v.m. berücksichtigt.

## Mit der Brennstoffzellentechnik ...

... könnte sich der Wirtschaftsraum Bamberg einen Namen machen. Die GAL hat schon einmal damit angefangen. Bei der GAL-Fachtagung „bamberg: brennstoffquelle brennstoffzelle“ referierten namhafte Wirtschaftsvertreter über den Einsatz von Brennstoffzellen in der Fahrzeugtechnik. Im Bild Viktor Schaller von M.A.N. München, der den neuesten Brennstoffzellenbus

seiner Firma vorstellte. Die Stühle im Vortragsraum des Innovations- und Gründungszentrum reichten für die zahlreichen TagungsteilnehmerInnen nicht aus, so groß war das Interesse. Ein gemeinsames Ziel der Wirtschaftsregion könnte es sein, Produktion und Entwicklung dieser boomenden schadstoffarmen Technologie zur Energieerzeugung gezielt hier anzusiedeln.

## Vor 10 Jahren in der GAL-Zeitung

### Regionale Scheuklappen

„Seit mehreren Jahren weiß man, daß in Oberhaid und an der Würzburger Straße in ehemaligen Mülldeponien chemische Zeitbomben schlummern, die das Grundwasser mit giftigen Schadstoffen belasten. Seit über einem Jahr weiß man auch, daß eine Sanierung schleunigst eingeleitet werden mußte.“

Und man weiß aus ausführlichen Stellungnahmen von Gutachtern auch, wie diese Sanierungsmaßnahmen aussehen müßten. Passiert ist bis heute: nichts. Und das wird sich auch im Jahr 1991 nicht ändern. Denn der Beginn der Sanierungsarbeiten wurde wieder auf die lange Bank geschoben.“

Dieser Artikel stand in der GAL-Zeitung Nr. 32 vom Juli 1991. Die Deponie in Oberhaid ist auch heute noch nicht saniert. Stadt Bamberg und Gemeinde Oberhaid schieben dem jeweils anderen die Verantwortung zu. Seit Jahren (zuletzt im Juli 1997) beantragt die GAL immer wieder eine Sanierung - ohne Erfolg. Ein Beispiel für „regionales Denken“ im Raum Bamberg.

HAH- UND FERN  
**UMZÜGE**  
**PETER SCHIELE**  
Assistent/Innenputzer  
Maler- und Anstricharbeiten  
Bühnenbau - Anstricharbeiten  
192307 Gumbelshausen 904 1100  
☎ 099 511 6 93 39 fax 099 511 6 93 39

**Kurt Meier fährt ...**  
**Umzüge**  
**... fast alles!**  
Gumbelshausen 7  
90450 Bamberg  
Telefon 099 51 1 30 32 76

**MILSSÄROL**  
Zweckverband  
Kiefelergutverwalter  
Klöse + mehr aus Biologiechemie  
Gemüts- und Reinküder  
Duff- und Anstricharbeiten  
ausgetrocknete Duffmassen  
Öko-Stein aus der Region  
Neuangeordnetes Pflanz- + Chaiway  
Wiederholungsarbeiten  
☎ + 49 1 91 91 30 11 1 30 11 11  
☎ 091 91 30 11 11  
☎ 091 91 30 11 11  
Nürnberg 91 84, Nürnberg 91 2105

**KOPIER-DRUCK**  
**LADEN**  
☎ COPY SHOP + Faxteil. 8  
90471 Bamberg Tel. 8901/8912-0  
8:00-18:00 Uhr

Wir wünschen Euch für euer Jubiläum Alles Gute und freuen uns, daß ihr eine so engagierte Gruppe seid!  
Weiter sei  
Das Team vom Kopier- und Druckladen.

Schön wie die Natur Bodenbeläge aus Holz, Kork & Linoleum  
**OKO HAUS**  
BAMBERG  
Für Einbauelemente, Bodenbeläge, Türen und Fenster  
Ammerstraße 5 • 90458 Bamberg • ☎ 091 91 14 10 00  
Mo - Fr 9 - 12 Uhr, Sa - So 10 - 12 Uhr  
www.okohaus-bamberg.de

Was spart Energie...  
...und schützt die Gesundheit?  
**Meister Reinhard**  
Elektroniker & Beleuchtungs  
ePost @ meister-reinhard.de  
kostenlos anrufen  
**0900 / 36 34 78 37**  
8 0008 / 8008111  
Unsere sichere Elektroinstallation!

# „Was sind denn das für Stänkerer?“

Erinnerungen an die Anfänge der GAL – Gertrud Leumer, Rudi Sopper und Jürgen Politz waren von Beginn an dabei

**99Z:** *Ihr wart von Anfang an bei der GAL dabei. Wie seid Ihr zur GAL gekommen?*

**Jürgen Politz:** 1979 kam ich zum Pädagogik-Studium nach Bamberg, habe anfangs Studentenpolitik gemacht und war Mitglied in der DGB-Song-Gruppe. Meine kommunalpolitischen Wurzeln liegen eigentlich in der Besetzung des E-Werks. Es gab damals eine politisch engagierte Studentengruppe, die sich mit dem Thema Wohnungsnot befasste. Und diese Zeit war auch die Hochzeit der Hausbesetzungen. Bald war klar, dass auch wir in Bamberg eine Hausbesetzung durchführen wollten. Und sehr bald stand auch das E-Werk als passendes Objekt fest. Der Stadtrat hatte beschlossen, es abzureißen, obwohl es noch sanierungsfähig war und viele Möglichkeiten geboten hätte.

**99Z:** *Und dann wurde das E-Werk besetzt?*

**Jürgen Politz:** Ja, im Februar 1981. Es war eine kurze und spektakuläre Aktion. Über 70 Leute haben sich daran beteiligt – übrigens nicht nur Studenten. Aber es hat nicht länger als 24 Stunden gedauert. Dann hat die Polizei das Gebäude geräumt.

**Rudi Sopper:** Gott sei Dank – es war arschkalt. Viel länger hätten wir es gar nicht ausgehalten. Aber die E-Werk-Besetzung war eine Mischung aus Pleite und Erfolg. Immerhin ist es inzwischen saniert und beherbergt seit Jahren die VHS – ohne die E-Werk-Besetzer wäre heute nichts mehr davon übrig. Damals allerdings haben alle 72 Besetzer einen Strafbefehl gekriegt und sind auch verurteilt worden – zu Geldstrafen wegen Hausfriedensbruch.

**99Z:** *Liegen deine GAL-Wurzeln auch im E-Werk?*

**Rudi Sopper:** Ja, ein Teil. Ich bin 1973 an die Uni in Bamberg gekommen und habe vor allem Uni-Politik und andere Gremienarbeit gemacht. Damals war ich SPD-Mitglied. Erst zum Ende des Studiums kam ich zur Kommunalpolitik. 1978 habe ich den „Goblmo“ aus der Taufe gehoben, eine Stadtzeitung, die drei Jahre lang monatlich er-

schien, rein durch ehrenamtliches Engagement der Redaktion. 1981 kam dann die E-Werk-Besetzung und bald darauf wurde der Arbeitskreis Kritische Kommunalpolitik gegründet.

**99Z:** *Was war das für ein Arbeitskreis?*

**Rudi Sopper:** Anlass war die Karolinenstraße 17 – das Eckhaus zur Lugbank sollte abgerissen werden, weil es dem Autoverkehr im Wege stand. Im sogenannten AKK waren wir vielleicht sieben bis acht Leute, hatten aber großen Rückhalt in der übrigen Bevölkerung – und Erfolg. Heute ist das Haus wunderbar saniert und ist ein Vorzeigestück im Welkulturerbe. Nach dem E-Werk war die Erhaltung der Karolinenstraße 17 der zweite spektakuläre Erfolg von Leuten, die sich kritisch engagiert haben.

**99Z:** *Und dann hat sich daraus ein fester Zusammenschluss entwickelt?*

**Rudi Sopper:** Fester Zusammenschluss wäre zu viel gesagt. Aber man hat sich überlegt, an Kommunal-Wahlen teilzunehmen. Damals gründeten sich ja überall in Deutschland grüne, alternative und bunte Listen, aus

**„Die erste Zeit im Stadtrat war richtig richtig schlimm“**

denen die grüne Bundespartei hervorging. In Bamberg haben wir beschlossen, dass die OB-Wahl 1982 die Probe sein sollte. Und ich wurde zum OB-Kandidaten gekürt, 30 Jahre war ich damals alt.

**Gertrud Leumer:** Zu diesem Zeitpunkt bin ich dazu gekommen. Ich war 17 oder 18, jedenfalls noch in der Schule. Und eine Freundin hat mich zu der Versammlung mitgenommen, bei der Rudi als OB-Kandidat nominiert wurde. Ich selbst habe überhaupt niemanden sonst gekannt. Meine Freundin war gewerkschaftlich organisiert und kam also aus dieser Ecke zur GAL. Das heißt, damals war das ja noch die BA, die „Bamberger Alternative“. Bei dieser Nominierungs-



Foto: Sylvia Schaible

V.l.n.r.: Jürgen Politz, Gertrud Leumer, Rudi Sopper

veranstaltung waren ungefähr 60 Leute da, viele aus reiner Neugierde – man wollte sehen, was denn das für „Stänkerer“ sind, diese Alternativen. Und die Sympathisanten kamen aus den unterschiedlichsten Gründen und Richtungen: Friedensbewegung, Gewerkschaften, Frauenbewegung, Umweltschützer, Denkmalschützer usw. – und vielleicht wie ich – eben aus Zufall. Im Anschluss an die Veranstaltung wurde das Foto für das „legende“ erste Plakat der BA gemacht. Und da war ich dann eben auch mit drauf.

**99Z:** *Wie ist die OB-Wahl dann für die BA und ihren Kandidaten ausgefallen?*

**Rudi Sopper:** Wir haben 4,34% der Stimmen bekommen. Das war absolut unglaublich. Völlig aus dem Stand 4,34%, ohne eine feste oder gar etablierte Organisation im Rücken! Wir haben uns gefreut wie die Schneekönige.

**Jürgen Politz:** Damit war klar, dass wir zu den Kommunalwahlen zwei Jahre später antreten würden. Nun wurde die Frage aktuell, ob man mit dem bereits existierenden grünen Kreisverband zusammengehen wollte. Es gab noch einige Rängeleien, vor allem weil der Vorstand des grünen Kreisverbandes wohl fürchtete, von der BA irgendwie überrollt zu werden. Aber die Mehrheit der Mitglieder war letztendlich für einen Zusammenschluss. Und so wurde aus BA und Grünen die „Grün-Alternative Liste“, die GAL, gegründet.

**99Z:** *Bei den Stadtratswahlen 1984 erhielt die GAL 6,59% der Stimmen und damit drei Mandate. Rudi, du warst einer dieser drei Stadträte. Wie war's als „Alternativer“ im konservativ geprägten Bamberger Stadtrat?*

**Rudi Sopper:** Es war ganz schrecklich! Es war richtig richtig schlimm! So dass man Alpträume kriegen konnte. Der damalige Oberbürgermeister, Paul Röhner, hat regelrecht versucht uns rauszuekeln. Wir von der GAL kannten die Geschäftsordnung des Bamberger Stadtrats jedenfalls besser als alle anderen, weil wir ständig unsere Rechte einfordern mussten. Dem OB war das alles wurscht. Wenn wir unsere Redebeiträge hielten, führten die Stadtratskollegen plötzlich Privatgespräche, ohne dass der OB eingriff – oft genug unterhielt er sich sogar demonstrativ selbst mit jemandem. Wir wurden immer wieder übergangen oder nicht beachtet. Mehrfach ist es sogar passiert, dass der Sitzungssekretär, Herr Höppl, sich zu Wort meldete und auf Vorschriften verwies, die zu unseren Gunsten lauteten. Einfach, weil er so entsetzt war, wie man mit uns umsprang. Das war übrigens sehr mutig von ihm.

**99Z:** *Und die übrigen Stadtratsmitglieder, die ja eigentlich Kollegen und Kolleginnen von euch waren?*

**Rudi Sopper:** Auch von denen haben uns die meisten geschnitten und schlecht behandelt. Ich kann mich an einen Vorfall erinnern: Ein Kollege ärgerte sich wohl über eine Wortmeldung von mir. Jedenfalls sprang er auf, stellte sich vor mir auf und schrie: „Ich hau dich untern Tisch runter!“ Auf meine Frage in Richtung OB, ob er nicht einschreiten wolle, hat dieser nicht mal reagiert.

**99Z:** *Haben solche Vorfälle nicht auch in der Öffentlichkeit für Wirbel gesorgt?*

**Rudi Sopper:** Davon hat die Öffentlichkeit nichts erfahren. Über so etwas hat der FT nie berichtet. Dort stand immer nur sinngemäß: „Bei der Abstimmung war die GAL wieder mal dagegen“.

**99Z:** *Und wie habt Ihr diese Atmosphäre ausgehalten?*

**Rudi Sopper:** Wir haben uns nach jeder Sitzung zusammengesetzt und uns gegenseitig gestützt. Was will man machen? Mit drei Leuten gegen 40 kann man schließlich keine Schlägerei anfangen. Nach drei bis vier Jahren hat sich auch vieles gebessert, aber anfangs war die GAL wohl so etwas wie ein Kulturschock.

**99Z:** *Der Politik-Stil der GAL war also neu und ungewohnt?*

**Rudi Sopper:** Ja, wir hatten auch einen drastischeren Politik-Stil: Einmal wollten wir dem Stadtrat die schlechte Situation von Asylbewerbern vor Augen führen und dass die Essenspakete für sie in einem hanebüchernen Zustand sind. Wir haben uns also ein solches Essenspaket besorgt und es bei einer Sitzung ausgepackt und an die Kollegen verteilt. Da war der Teufel los. Das Gemüse war halb verfault, ein altes Hähnchen hat ge-

lich zu machen, sozusagen parlamentarische Kontrolle.

**Rudi Sopper:** Die GAL hat auch Themen erstmals etabliert. Zum Beispiel, dass man Verkehrspolitik auch aus der Nicht-Auto-Sicht betrachten kann. Und wir haben das Diskussionsklima beeinflusst – dass überhaupt über Tagesordnungspunkte kontrovers diskutiert wurde. Auch bei den Haushaltsberatungen wurde bis dahin ja praktisch nichts am Verwaltungsvorschlag geändert – es gab keine Haushaltsdebatte. Und wir sind jedesmal mit stapelweise Anträgen aufgetaucht. Ich weiß, dass ich einmal zu spät zur Sitzung gekommen bin, weil ich einfach mit dem Kopieren nicht fertig wurde.

**Jürgen Politz:** Es gab vor der GAL schlichtweg keine Opposition. Der Stadtrat war immer wie eine „große Familie“.

**99Z:** *Die GAL hat sich doch sicher auch verändert in diesen zwanzig Jahren?*

**Jürgen Politz:** Anfangs waren



Foto: GAL-Archiv

Ostermarsch Bamberg-Nürnberg 1982: Jürgen Politz mit Gitarre.

stunken, es war sehr unappetitlich. Und viele Kollegen waren tatsächlich betroffen – jedenfalls zunächst. Geändert hat sich leider nichts. Bald darauf hatte man Erklärungen des Lieferanten parat, das sei eine Ausnahme gewesen, und es wurde Besserung versprochen. Das war's dann.

**Jürgen Politz:** Aus meiner Sicht – ich habe damals als Sekretär für die Fraktion gearbeitet – hat-

**„Die GAL war ein Kulturschock“**

ten wir zu Teilen der Verwaltung eher einen guten Draht und haben von dort auch Informationen bekommen. Röhner als OB war ja unglaublich autoritär und hat wie ein eiserner Besen gekehrt, darunter haben auch die Beschäftigten gelitten. Ich glaube, nicht wenige waren froh über die GAL, die sich so leicht nichts gefallen ließ.

**99Z:** *Hat die GAL denn in der Anfangszeit im Stadtrat überhaupt etwas erreichen können?*

**Jürgen Politz:** Über Umwege schon. Es wurden zwar fast alle Anträge abgelehnt und kamen in die Schublade. Aber nach Jahren sind sie oft wieder rausgewandert und wurden in irgendeiner Form doch verwirklicht. Eine wichtige Funktion der GAL war auch, Informationen öffent-

die BA und dann die GAL mehr ein Forum für die verschiedenen Gruppen. Inzwischen liegt der Schwerpunkt eindeutig auf der Kommunalpolitik und die Hauptorientierung geht in Richtung Parlamentarismus. Dazu hat sicher auch die Entwicklung der Grünen allgemein beigetragen.

**Gertrud Leumer:** Leider wird das von den Leuten oft vermengt: die Grünen auf Bundes- und Landesebene und die GAL in Bamberg. Das Auf und Ab andernorts färbt auch auf die GAL ab, obwohl man hier andere, eben Bamberger Maßstäbe, anlegen müsste. Das finde ich sehr schade.

**Rudi Sopper:** Bei der Entwicklung seit den 80ern muss ich eindeutig trennen. Die grüne Partei hat sich stark verändert. Sie war anfangs eine system-kritische Opposition, die den Umbau wollte und für Kapitalismus-Kritik stand. Dieses grüne Profil ist aus meiner Sicht weitgehend verloren gegangen – die Grünen sind stromlinienförmig geworden. Diese Entwicklung finde ich nicht gut. Die GAL in Bamberg sehe ich hingegen mit großer Sympathie, auch alle kommunalpolitischen Ziele, für die die GAL steht. Die GAL, so wie ich sie kenne, ist sich treu geblieben.

Das Interview führte Sylvia Schaible.



Foto: Armin Eckert

Eines der Fotos für das erste Wahlplakat der Bamberger Alternative 1982. Der Titel des Plakats lautet: „Wir sind die, vor denen Röhner und de With schon immer gewarnt haben.“ Ganz vorne mit Schild OB-Kandidat Rudi Sopper, stehend mit Zettel in der Hand Gertrud Leumer

# E-Werk saniert und Ottobrunnen bewahrt

20 Jahre Kommunalpolitik der GAL: Historische Schlaglichter auf eine Erfolgsgeschichte



Foto: GAL-Archiv

Eine der zahlreichen Aktionen zur Rettung des E-Werks: Demo im März 1981

**Ende 1979:** Der Kreisverband Bamberg-Stadt der GRÜNEN wird gegründet. Obwohl aus nur wenigen Personen bestehend, beteiligt er sich an den grünen Bundesversammlungen und der Parteigründung auf Bundesebene.

**Ende 1980:** Im Umfeld der Bamberger Stadtzeitung „Goblmo“ gründet sich anlässlich eines Stadtratsbeschlusses, das Haus Karolinenstraße 17 abzureißen, der „Arbeitskreis Kritische Kommunalpolitik“ (AKK). Ziel ist eine echte Bürgermitbestimmung bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

**14./15.2.1981:** Ca. 30 Personen besetzen das ehemalige Bamberger E-Werk, ein vom Abriss bedrohtes Industriedenkmal. Die Forderung der – im Verlauf des Tages zahlreicher werdenden – Besetzer: Das E-Werk soll selbst verwaltetes Kulturzentrum werden. Einen Tag später räumt die Polizei das Haus, die 72 festgenommenen Besetzer/innen werden erkennungsdienstlich behandelt.

**1.10.1981:** Mitglieder des AKK, E-Werk-Besetzer und andere kommunalpolitisch interessierte Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen (Ökologie- und Umwelt-Initiativen, Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Gewerkschaften...) gründen die Bamberger Alternative (BA).

**10.12.1981:** Die BA nominiert den Diplom-Pädagogen und Buchhändler Rudi Sopper zum Kandidaten für die OB-Wahl im März 1982. Sopper war einer der Wortführer der E-Werk-Besetzer und langjähriger Redakteur der Bamberger Stadtzeitung „Goblmo“.

**14.3.1982:** Paul Röhner wird zum OB gewählt. Der BA-Kandidat Rudi Sopper erhält – für die meisten Beobachter völlig überraschend – 4,34% der Stimmen.

**27.7.1983:** Zwei Jahre nach der Besetzung stimmt der Stadtrat dem Vorschlag zu, im ehemaligen E-Werk die Volkshochschule unterzubringen.

**August 1983:** Während der Sandkerwa sammelt die GAL mehrere tausend Unterschriften gegen den Abriss des sog. Erl-

wein-Baus des alten Krankenhauses. Dieses Einzeldenkmal soll nach dem Willen des Stadtrats einem Parkplatz weichen. Heute ist der Erlwein-Bau vorbildlich saniert und dient als Stadtarchiv.

**Oktober 1983:** Die BA und der grüne Kreisverband stellen unter der Bezeichnung „Die GRÜNEN/Alternative Liste“ (GAL) eine gemeinsame Liste für die Kommunalwahl 1984 auf.

**März 1984:** In einer Auflage von 15.000 Exemplaren erscheint die erste Ausgabe der GAL-Zeitung. „GAL in den Stadtrat – damit man draußen weiß, was drinnen los ist“ ist das Motto der Zeitung und des GAL-Wahlkampfs. Bis zum 20. Geburtstag der GAL werden 57 Nummern der Zeitung (heute: „gaz“) erscheinen.

**16.3.1984:** Sensation am Wahlabend: Die GAL erreicht völlig überraschend 6,59% der Stim-

**„Keine Berge versetzt, aber viele Steine ins Rollen gebracht“  
Zwischenbilanz der GAL-Fraktion 1987**

men und zieht in Fraktionsstärke und mit drei Mandaten (Rudi Sopper, Peter Gack und Gottfried Karl) in den Bamberger Stadtrat ein.

**26.4.1986:** In Tschernobyl explodiert ein Atomkraftwerk. Die radioaktive Belastung geht auch am Bamberger Raum nicht spurlos vorüber. Die GAL reagiert: Sie organisiert eine Informationsveranstaltung im überfüllten Fischerhof. Am 10. Mai findet eine Demonstration und Kundgebung mit weit über 2000 Teilnehmer/innen statt – eine der größten in der Bamberger

Nachkriegsgeschichte. Die im Juni erscheinende GAL-Zeitung hat eine Auflage von 27.000 Exemplaren (!!!) und versucht, möglichst alle Bamberger Haushalte über den GAU und seine Folgen zu informieren.

**29.4.1987:** Der Stadtrat beschließt, zwei – vorerst nur ehrenamtlich tätige – Gleichstellungsbeauftragte einzusetzen – eine wesentliche Forderung der GAL wird realisiert. Ab 1990 wird es eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte geben. Und in den nächsten Jahren stößt die GAL die Verabschiedung eines Frauenförderplans und die Einrichtung einer Frauen-Kommission mit an.

**27.6.1986:** Christian Mose löst Gottfried Karl als Stadtrat ab.

**Juni 1987:** Die GAL initiiert eine breit angelegte Unterschriften-sammlung für den Erhalt des „Deutschen Hauses“, das die CSU-Mehrheit im Stadtrat – gemäß dem Willen der Erzdiözese – abreißen lassen will. Heute, im Jahr 2001, steht das Ende der Sanierung und der Umzug der Stadtbücherei ins Deutsche Haus kurz bevor.

**Juli 1987:** „Autoverkehr verlangsamen, verringern, vermeiden!“ – Unter diesem Titel präsentiert die GAL ein – auch heute noch aktuelles – Konzept zur Lösung der Bamberger Verkehrsprobleme.

**6.3.1988:** Novität in der Bamberger Kommunalpolitik: Die GAL schiekt bei der OB-Wahl eine Frau ins Rennen. Die Parteilose Karin Wicht erhält 5,38% und verbessert das Ergebnis von 1982 um rund ein Prozent.

**7.6.1988:** Der Redakteur der GAL-Zeitung (Dr. Gerd Rudel) wird freigesprochen. „Auch harte politische Kritik ist zulässig“ – mit dieser Kernaussage begründete das Amtsgericht Bam-

berg seinen Beschluss: Eine Karikatur, die sich kritisch mit den Polizeieinsätzen in Wackersdorf auseinandersetzte, erfülle keineswegs den Tatbestand einer „Verunglimpfung des Staates“.

**18.10.1989:** Frauenpolitik ist politischer Schwerpunkt des Wahlkampfes. Mit einem 73-seitigen Wahlprogramm, einem eigenständigen Frauenprogramm und einer 8-seitigen Sonderausgabe der GAL-Zeitung startet die GAL in den Wahlkampf.

**18.3.1990:** Spitzenergebnis (auch bayernweit) für die GAL: 9,55% bei den Kommunalwahlen bedeuten vier Sitze im Stadtrat. Mit Rosemarie Piontek als neuer Fraktionsvorsitzenden, Ursula Sowa und Andrea Anger ziehen drei GAL-Frauen ins Rathaus ein. Vierter in der Runde ist Dr. Gerd Rudel.

**19.1.1991:** Rund 1300 Menschen folgen dem Aufruf des „Aktionsbündnisses gegen den Golfkrieg“, in dem auch die GAL mitarbeitet, und beteiligen sich an einem Protestzug vom Gabelmann zur US-Kaserne.

**14.6.1991:** Das neue Bamberger Abfallwirtschaftskonzept tritt in Kraft. Abfallverwertung vor Entsorgung und Verbrennung, Einführung umfassender Mülltrennsysteme und Biomüllverwertung – wofür sich die GAL seit Jahren einsetzt, wird Wirklichkeit.

**November 1991:** Unter dem Titel „Warum Paul Röhner gehen sollte“ erscheint jene Ausgabe der GAL-Zeitung, die für den größten Wirbel sorgte. Nachdem alle – Medien, Stadtrat usw. – jahrelang zum Gesundheitszustand Paul Röhners und seiner zunehmenden Unfähigkeit zu einer ordnungsgemäßen Amtsführung peinlich geschwiegen hatten, bricht die GAL das Tabu, redet offen über den notwendigen Rücktritt und löst damit eine – leider letztlich folgenlose – Debatte aus, die überregionale Wellen schlägt.

**24.6.1992:** Der Stadtrat beschließt auf Antrag der GAL-Fraktion den Beitritt Bambergs zum „Klimabündnis der Europäischen Städte mit den Indianervölkern Amazoniens zum Erhalt der Erdatmosphäre“.

**April 1993:** Für Rosemarie Piontek rückt Peter Enzenberger in den Stadtrat nach.

**5.6.1993:** 2500 Menschen demonstrieren in der Bamberger Innenstadt gegen zunehmende Fremdenfeindlichkeit und für ein friedliches Miteinander von deutschen und ausländischen Menschen. Die GAL ist Mitveranstalterin.

**26.11.1993:** Eine alte programmatische Forderung der GAL wird erfüllt: Die Stadt Bamberg richtet einen Ausländerbeirat ein. Ausländische Bürger/innen haben damit ein über demokratische Direktwahl zusammengesetztes Vertretungsorgan.

**6.3.1994:** Spannende OB-Wahlen mit „revolutionärem“ Ergebnis: Der CSU-Kandidat kommt mit katastrophalen 26,48% nicht einmal in die Stichwahl. Oberbürgermeister wird schließlich der parteilose ÜBG-Kandidat Herbert Lauer. Angesichts der knappen Wahlergebnisse sind die 6,65% für den GAL-Kandidaten Dr. Gerd Rudel ein achtbarer Erfolg.

**Oktober 1994:** Rudi Sopper

nenal Arbeitsmarktpolitik, wird endlich Realität.

**Dezember 1997:** Mit einer Sonderausgabe der GAL-Zeitung zum Thema Stadtfinanzen klärt die GAL über die massiven Haushaltsdefizite auf und entlarvt sie

**„In unappetitliche Süsschen gespuckt und neue Rezepte serviert“  
Kommunalwahlkampf 1990**

als altbekannte, von CSU/SPD/ÜBG zu verantwortende Fehlentwicklungen. Ein halbes Jahr später bestätigt die Regierung von Oberfranken die GAL-Kritik, indem sie dem Haushalt die Genehmigung versagt.

**Juni 1998:** In der Kleberstraße wird Bambergs erste Fahrradstraße der Öffentlichkeit übergeben. Die GAL setzt sich seit Jahren für ein besseres Radwegenetz ein.

**21.6.1998:** Der mit 5000 DM dotierte „Agenda-Preis“ der GAL-



Foto: GAL-Archiv

Einen Protestbaum am Georgendamm pflanzte die GAL im April 1992. Die GAL unterstrich damit ihre Kritik an der damals noch geplanten Tiefgarage. Der Baum war übrigens ein Geschenk des Bürgervereins Bamberg-Mitte zum 10-jährigen Jubiläum der GAL. Im Bild: David Nasse, Dr. Gerd Rudel, Peter Gack

kommt erneut in den Stadtrat. Er rückt für Andrea Anger nach.

**10.3.1996:** Mit einem prozentualen Gewinn von fast zwei Punkten ist die GAL – neben der Lauer-Partei ÜBG – eindeutige Siegerin der Kommunalwahl. 11,6% der Stimmen bedeuten fünf Sitze. Ab Mai 1996 sind Dr. Gerd Rudel, Ursula Sowa, Peter Gack, Gertrud Leumer und Wolfgang Budde für die GAL im Stadtrat.

**Dezember 1996:** Mit 140.000 DM werden im städtischen Haushalt erstmals nennenswerte Mittel für „Sondermaßnahmen für Beschäftigungsförderung“ bereitgestellt. Die GAL-Forderung nach einer eigenständigen kommu-

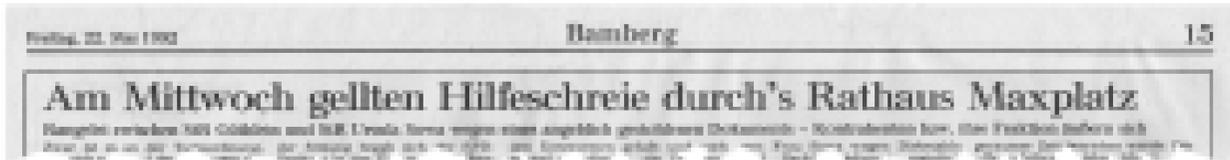
Fraktion wird erstmals verliehen. Er wird von den GAL-StadträtInnen mit dem Teil ihrer Aufwandsentschädigungen finanziert, der aus einer – aus Sicht der GAL nicht zu rechtfertigenden – Anhebung der Stadtratsdiäten resultierte.

**31.7.1998:** Für Dr. Gerd Rudel rückt der bekannte Bamberger Mundartdichter Dr. Gerhard C. Kriskcher nach.

**13.12.1998:** Beim Bürgerentscheid wischt die Mehrheit der Abstimmenden die Pläne zum Bau einer Bergverbindungsstraße – hoffentlich endgültig – vom Tisch. Ein Bündnis aus GAL und anderen Organisationen und Gruppierungen hatte sich mit großer Kraftanstrengung für die Rettung von Waldwiese und Ottobrunnen eingesetzt.

**25.5.1999:** Petra Friedrich löst Gertrud Leumer im Stadtrat ab.

**19.3.2000:** Ursula Sowa ist Kandidatin der GAL zur OB-Wahl und erreicht mit 13,92% das beste Wahlergebnis, das bislang überhaupt von der GAL erzielt werden konnte.



**Schlagzeile im FT am 22. Mai 1992:** Um die unerlaubte Verquickung von Herbert Güthleins (SPD) Stadtratsmandat mit seiner Rechtsanwaltschaftigkeit für die Eigentümerfirma des Hotels Residenzschloss zu beweisen, nahm sich GAL-Stadträtin Ursula Sowa

Unterlagen von Güthleins Platz im Rathaus-Sitzungssaal. Mit Gewalt holte sich kurz darauf der Kontrahent die Unterlagen zurück. Der Vorfall sorgte nicht nur für Pressewirbel, sondern auch für gegenseitige Klagen, die allerdings beide niedergeschlagen wurden.

# Best of GAL

Anträge und was aus ihnen wurde

## Beirat reifte 13 Jahre

Erstmals wird beim Projekt City-Passage ein Planungsbeirat, der mit Verwaltungsvertretern, der Stadtheimpflegerin, Architekten und Stadtplanern besetzt ist, beratend tätig sein. Vorerst versuchsweise, denn so ganz überzeugt sind Stadtrat, Stadtverwaltung und Oberbürgermeister nicht, ob sie sich auch künftig von Fachleuten bei ihren Planungen reinreden lassen wollen. Die GAL begrüßt die Einrichtung eines solchen Beirats – immerhin ein Schritt in die richtige Richtung: öffentliche Planungen, Transparenz, Diskussion, Bürgerbeteiligung.

Bereits im Dezember 1987 hatten die GAL-Stadträte die

Einrichtung eines solchen Gremiums (damals „Gestaltungsbeirat“ genannt) beantragt, „dessen Votum bei wesentlichen Bauvorhaben, vor allem in der Altstadt einzuholen wäre“. Der Antrag wurde abgelehnt. Im März 2000 startete GAL-Stadträtin Petra Friedrich einen erneuten Versuch, und auch da wurde der GAL-Antrag noch abgelehnt.

Es brauchte also über 13 Jahre und zwei „erfolglose“ GAL-Anträge, bis diese Idee (die neben der GAL auch engagierte Bamberger DenkmalschützerInnen im Rahmen des Agenda-21-Prozesses verfolgten) ihren Reifeprozess in der Bamberger Stadtschleife hinter sich hatte.

# Es flutscht einfach nicht ...

... wenn City-Passagen an Bürgern, Stadtstrukturen und Geschäftsleuten vorbei geplant werden

Das Projekt City-Passage ist mittlerweile umwoben von einem Netz aus Uninformiertheit, Gerüchten, Ängsten und Ablehnung. Eigentlich schade, denn in einem vernünftigen Maß und mit offener Bürgerbeteiligung könnte man mitten im Herzen der Stadt gute Ideen verwirklichen. Stattdessen rumort es in der Bürgerschaft – und das Rumoren könnte sich als Bürgerbegehren entpuppen.

Rückblick: Deutschlands bestes Architekturbüro hätte es bauen sollen, nämlich ein Kaufhaus in der Größenordnung von Karstadt - vormals Hertie - nur einige hundert Meter weiter. Die ehemalige Kreissparkasse in der Langen Straße hätte den Kopf des langgestreckten Baus gegeben, der Schwanz wäre der ehemalige „Metzner-da-am-Eck-da“ gewesen, zwei Untergeschosse

und vier Hauptgeschosse sollten den Bauch des Kaufhaus-Elefanten bilden, in Verbindung mit einem zweigeschossigen Tiefgaragen-Rüssel unter dem ZOB an der Promenade. Doch dieses Ansinnen rief schon vor über einem Jahr eine so heftige Protestwelle hervor, dass zumindest das Tiefgaragenmonster unter dem ZOB erst einmal aufgegeben wurde. Auch von Deutschlands angeblich bestem Architekturbüro ist nicht mehr die Rede.

### Offene Geheimnisse?

Jüngster Stand um Bamberg City-Passage: Das Projekt wird weiterhin verfolgt. Die Sparkasse Bamberg stellt ihr Gelände zur Verfügung und der Aufsichtsrat bemüht sich nach eigenen Aussagen, eine tolle Lösung zu finden. In Pressemitteilungen

für den FT gab es die City-Passage schon als kolorierte kleine Graphik, und auch die Namen des potentiellen Investors und des Nichtbamberger Architekturbüros sind kein Geheimnis mehr. Hinter der City-Passage verbirgt sich nach wie vor ein Kaufhaus in der Größenordnung von Karstadt, eine zweigeschossige Tiefgarage ist nunmehr unter der südlichen Promenade vorgesehen. Doch irgendwie flutscht es nicht, denn immer noch ist vieles offen und sind viele BürgerInnen verunsichert.

### GAL-Anträge verschleppt

Anderthalb Jahre hat es gedauert, bis zwei Anträge der GAL zu dem Projekt im Stadtrat behandelt und die Stadtratsmitglieder überhaupt erst über die Planungen informiert wurden. An Bürgerbeteiligung, Transparenz und öffentlicher Diskussion sind Investoren, Planer und offensichtlich auch die Stadtverwaltung nicht interessiert. Zu befürchten steht vielmehr eine Bauplanung nach Gutsherrenart und eine Baugenehmigung auf Bestellung. Wie man hört, sind erste Verträge mit künftigen Lade-

ninhabern schon abgeschlossen. Das Projekt „Citypassage“ hätte flutschen können, wenn man (wie von der GAL beantragt) gleich zu Beginn der Projektidee interessierte Fachleute zusammen mit Bürgern und Bürgerinnen eingeladen hätte, gemeinsam auszuloten, was Bamberg mitten in seinem Altstadt Herzen gut tut. Das Herz Bambergs trägt viel, nämlich alles, was das Herz höher schlagen lässt: pfiffige Einkaufsideen, sensible Architekturideen, originelle Transportideen. Unverträglich wäre hingegen ein Projekt „Elefant im Porzellanladen“, das alte Stadtstrukturen zertrampelt, noch mehr Autoverkehr anzieht und den bestehenden Einzelhandel aufsaugt.

### Bald ausgeflutscht?

Die GAL wird an dieser Stelle nur ein Projekt mittragen, das sich sensibel einfügt und unserem Weltkulturerbe gerecht wird. Im Klartext: Alles andere wird von der GAL abgelehnt und gegebenenfalls mit einem Bürgerentscheid verhindert.

Dann, das sei den interessierten Bauherren gesagt, flutscht es anders, als von ihnen geplant.

## SCHRÄGBLICK



Erst fällt der Baum, dann ...

Foto: Erich Weiß



Abbildung: Ausschnitt Bebauungsplan, bearbeitet von Petra Friedrich

## Tiefgaragen in Bamberg-Mitte

Allerorten werden Tiefgaragen geplant. Aktuell bei den Bebauungsplänen für Bamberg-Mitte. Mehrere Mieter- und Anwohner-Tiefgaragen sollen entstehen: an der Färbergasse für 90 PkWs, von der Königstraße aus zugänglich im hinteren Bereich eine Tiefgarage mit 250 Stellplätzen, und unter dem Hergenröder-Gelände sollen 70 Autos parken können. Die GAL hält dies für

überdimensioniert. Statt in diesem stadtnahen Gebiet pro Wohneinheit den vollen Stellplatznachweis zu verlangen, sollte die Stadt lieber autofreie Wohnprojekte fördern. Hier wäre genau der richtige Platz dafür (Innenstadtnähe, Bahnhofsnähe), und schon vor Jahren, als die GAL für autofreies Wohnen in Bamberg-Mitte warb, gab es zahlreiche InteressentInnen.



**morgens  
mittags -abends**

frühstücken - mittagessen  
kaffeetrinken - relaxen  
freunde treffen - bummeln  
essen gehen - feiern  
wein - cocktailschlürfen

**Gutscheine  
vom Hofcafé**

Mo-Fr 8-1 Uhr  
Sa 9-2 Uhr  
So 9-1 Uhr

Austraße 14 · 96047 Bamberg  
Telefon (0391) 2 54 47

**KAUFRAUSCH**  
DER BESONDERE SCHMACK  
MIT KUNSTGERÄTSTÄMMEN

NEU  
ZURÜCK  
JETZT  
ZURÜCK MIT 10% RABATT

Austraße 27 · 96047 Bamberg  
Tel. 0391/2 95 00

**Alles lecker -  
alles bio -  
alles frisch!**

Naturkost aus dem  
Fachgeschäft  
der Innenstadt.

Naturkost  
**Endred**  
FÜR ALLE  
ZUM LEBEN

Südringstraße 1A · 96047 Bamberg  
Tel. 0391/20 18 13 · Fax 20 18 12  
e-mail: bioendred@gadl.com

# Auf dem Weg zur „sozialen Stadt“?

Rot-grünes Förderprogramm zur Stadtentwicklung kommt hoffentlich bald auch nach Bamberg

Bereits seit 1999 gibt es im Rahmen der Städtebauförderung ein neues Programm mit dem Titel „Die soziale Stadt“, das sein Augenmerk Stadtteilen „mit besonderem Entwicklungsbedarf“ widmet. Seither versucht die GAL-Stadtratsfraktion, dieses Programm in die Köpfe von Stadtrat und Verwaltung zu bekommen. Nun endlich hat es geklappt: Die CSU hat ihre Zuneigung zu sozialer Stadtentwicklung entdeckt, und auch die SPD hat mitgekriegt, dass da was zu holen ist.

## Was das Programm auszeichnet:

✓ Gebiete, die in der normalen Städtebauförderung bisher wenig Interesse fanden, stehen im Mittelpunkt: z.B. „schwierige“ Wohnsiedlungen der Nachkriegszeit oder von „Verslumung“ bedrohte Innenstadtquartiere.

✓ Das Programm bezieht sich nicht nur auf die bauliche Stadterneuerung, sondern hat auch soziale, ökologische und ökonomische Ziele. Dementsprechend breit sind die geförderten Handlungsfelder: Verbesserung des Zusammenlebens in sozial und ethnisch differenzierten Nachbarschaften (etwa durch Stadtteiltreffs, organisierte Nachbarschaftshilfe), Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die Stadtteilbevölkerung, Förderung der im Stadtteil ansässigen Wirtschaftsbetriebe (etwa durch Aufbau von Direktvermarktungsstrukturen), Verbesserung der sozialen Infrastruktur (etwa durch spezielle Jugend- oder Senioreneinrichtungen).

✓ Zentraler Schwerpunkt des Programms ist, dass die Bevölkerung des Stadtteils in Planung und Umsetzung der einzelnen Maßnahmen einbezogen wird. Das geht weit über die Betroffenenbeteiligung der herkömmlichen Städtebauförderung hinaus.

✓ Der konkrete Umsetzungsprozess wird nicht von einem Sanierungsträger oder der Kommune gelenkt, sondern durch ein „Quartiersmanagement“. Es ist zugleich Motor, Initiator und Moderator der Bewohnerbeteiligung. Für diese anspruchsvolle Aufgabe kommen deshalb nur Personen, Initiativen oder Fachbüros in Frage, die wirklich Vertrauen im Quartier genießen.

## Mehrere Stadtviertel wären geeignet

Schon diese knappe Aufzählung zeigt, dass das rot-grüne Förderprogramm für Bamberg bestens geeignet ist, wo es etliche benachteiligte Stadtteile gibt, die dringend aufgewertet und wei-



Foto: Erich Weiß

Leerstand in der Gereuth: Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ würden Fachleute und Bürger gemeinsam überlegen, was hier zu tun wäre: Errichtung eines Stadtteilzentrums, eines Cafés, Nachbarschaftsbüros, oder Einzelhandel und Gewerbe.

ter entwickelt werden müssten. Die GAL-Stadtratsfraktion hat schon frühzeitig das Sanierungsgebiet Bamberg-Mitte und die Gereuth ins Gespräch gebracht. Sicher sind auch die Wohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre in Bamberg-Ost, die von der CSU vorgeschlagen werden, dafür geeignet. Nur sollte man die Auswahl nach fachlichen Ge-

sichtspunkten treffen und nicht – wie die CSU – mit Blick auf den gewünschten Sanierungsträger, die Joseph-Stiftung.

## Alle an einen Tisch

Zum anderen ist es mit dem Förderprogramm „Die soziale Stadt“ möglich, genau die Defizite zu beheben, die die GAL

bei vielen Sanierungsprojekten der Vergangenheit moniert hat. Endlich kann interdisziplinär gearbeitet werden, sitzen Bauamt, Sozialamt, Verkehrsplaner, Bürgerinitiativen und Agenda-Gruppen an einem Tisch. Endlich erhalten soziale und ökologische Probleme den gleichen Stellenwert wie bauliche Verbesserungen. Und endlich dürfen

die Bewohner/innen des Stadtteils von Anfang an mitreden und sind nicht nur Objekt der Sanierung.

Wenn CSU und SPD das alles neuerdings auch wollen, dann sind sie hoch willkommen im neuen Club der Freunde der „Sozialen Stadt“...

Detaillierte Informationen im Internet unter <http://www.sozialestadt.de>

## Mobilfunk außer Kontrolle?

Welche Handhabe gibt es gegen Mobilfunkanlagen?

GAL-Info-Abend: Mittwoch, 24.10.2001, 20 Uhr, Gaststätte Wilde Rose (Nz.), Keßlerstraße

Ruth Paulig (umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion B90/Grüne) über rechtliche Hintergründe bei Aufbau und Genehmigung von Mobilfunkanlagen in Städten und Gemeinden.

Die öko-logische Adresse im Internet:

[www.colibri.de](http://www.colibri.de)

Wir beliefern Sie im Stadtgebiet kostenlos per Fahrradboten!

Verlagsbuchhandlung **colibri** GmbH  
Austraße 12-14  
96047 Bamberg  
Telefon 0951/20856-0  
Telefax 0951/20856-22  
Internet [www.colibri.de](http://www.colibri.de)

## GALliges Vorhang auf für Micky und Herbie

Viele Duos haben ja schon Geschichte geschrieben: Das Gaunerpärchen Bonnie und Clyde etwa, oder die Filmstars Dick und Doof. Tarzans Geschrei und Janes lange Beine sind legendär, Torvill und Dean ziehen heute noch ihre Kreise durch die Träume von Eistanz-Fans, und auch Maria und Margot Hellwig sind aus der Musikgeschichte (jedenfalls der einer bestimmten Geschmacksrichtung) nicht wegzudenken.

Nun aber hat endlich auch Bamberg ein geschichtsträchtiges Zweigespann – ein famous duo sozusagen: Die Wehner-Trunk-Brothers. Seit geraumer Zeit sind sie aus den Schlagzeilen der Bamberger Lokalpresse nicht mehr wegzudenken. Die Rollenverteilung ist prächtig durchdacht, das Zusammenspiel der beiden kongenial. Mit unübertrefflicher Raffinesse hat das Duo aus dem alten PR-Motto „Tu Gutes und rede drüber“ eine Abwandlung kreiert: „Tu so, als ob du was tätest, und lass drüber schreiben“. Part 1 übernimmt der blitzlicht- und schlagzeilenverliebte CSU-Politiker Herbie Trunk: Er schafft es immer wieder, sich einen berichtenswerten Anschein zu geben, Aktivität vorzutauschen, sich als Initiator auszugeben. Part 2 füllt der standpunkt-feste

Lokal-Journalist Micky Wehner aus: Er steht Tastatur bei Fuß, wo immer sein Duo-Partner auftaucht oder einen Pieps von sich gibt, kredenzt Lobeshymnen in den höchsten Tönen und katalpultiert sein Alter Ego auf die besten Seiten der Bamberger Lokalzeitung.

Mit einer ausgeklügelten Strategie wollen die Wehner-Trunk-Brothers die emotionalen Bedürfnisse ihres Publikums befriedigen: Endlich mal ein Berichterstatter, der nicht analysiert, gegenüberstellt, hinterfragt, kritisiert und all die anderen überflüssigen Journalisten-Tugenden beherzigt. Und als Ergebnis endlich mal ein Politiker, bei dem alles stimmt: keine ehrenrührige Politikerkarriere hinter sich – auch keine Erfahrung oder sonst eine Referenz in dieser Richtung, stattdessen der überwältigende Wille zur Macht und die Fähigkeit, sich ebenso leicht- wie fingerfertig der Ideen anderer zu bedienen.

Weitere Erfolgsstory absehbar? Die Wehner-Trunk-Brothers erobern die Spalten der Lokalzeitung, die Herzen der FT-Leser und die Kreuzchen der Wählerschaft...

There's no business like show business – bald sind Kommunalwahlen.

**Mehr Fläche für Naturkost!**  
Lebens-, biologische, frische Lebensmittel aus dem Fachmarkt.  
**Bioware**  
**Endres**  
Mühlstraße 57 • 96058 Bamberg  
Tel. 0951/91150-00 • Fax 0951/91150-00  
e-mail [boendres@aol.com](mailto:boendres@aol.com)

**SCHUH-LECHNER**  
Bei uns erhalten Sie  
Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.  
und vor allem: **persönliche Beratung**  
**JOSEPHSTR. 9 BA** (Nähe Luitpoldstr.)  
Mo – Fr 9.30 – 18.30 h Sa 9.30 – 14 (16) h Tel 0951/201266  
Bus 5 min Luitpolddeck Bahnhof 5 min P im Hof

# Sonne über Bamberg



Foto: Erich Weiß

Zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, dem Bund Naturschutz und mit dem Verein Vier-ether Kuckucks-Ei e.V. will GAL-Stadtrat Peter Gack ein großes Sonnenkraftwerk endlich auch in Bamberg verwirklichen.

Das Bamberger Sonnendach könnte genügend Platz auf dem neuen Gebäude der Fachoberschule in der Ohmstraße finden.

Im Bild: Peter Gack und FOS/BOS-Schulleiter Werner Pörner begutachten den möglichen Standort auf dem obersten Dach des Gebäudes. Außerdem ist derzeit noch die Gaustadter Grundschule am Anna-Lindner-Platz im Gespräch.

Zum Bau der größten Photovoltaik-Anlage in Bamberg soll eine Betreibergesellschaft gegründet werden, an der sich die BambergerInnen ab 3.000,- DM beteiligen können. Die Laufzeit ist auf 20 Jahre angelegt. In den ersten zehn Jahren wird die Verzinsung der Geldanlage bei 3% liegen, in den Jahren 11 bis 20 wird die Rendite größer ausfallen, da dann die Investitionskosten

eingefahren wurden.

Ermöglicht wird das durch das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung, welches eine Einspeisevergütung für Sonnenstrom von 99 Pfennigen für zwanzig Jahre garantiert.

Finden sich genügend Menschen, die einen Anteil am Bamberger Sonnenkraftwerk zeichnen möchten, kann die Anlage auf 50 kwp-Leistung anwachsen und 45.000 kWh Strom pro Jahr liefern. An Anleger, die in den ersten Jahren die steuerliche Möglichkeit einer Verlustzuweisung nutzen möchten, ist ebenfalls gedacht.

Interessierte können sich auf den Internet-Seiten der GAL unter: [www.gal.bamberg.de](http://www.gal.bamberg.de) informieren oder sich bei Peter Gack (Tel. 9230388, e-Mail: [peter@gacks.de](mailto:peter@gacks.de)) melden.

## RATHAUSMAGAZIN

### Elektrosmog im Sitzungssaal

Vollsetzung des Stadtrats. Nach drei zähen Stunden der letzte öffentliche TOP: Umgang mit den Mobilfunkanlagen im Stadtgebiet. Von der Verwaltung liegt ein zwar gut recherchiertes Sachstandsbericht vor, leider mit dem lachen Beschlussvorschlag, dass künftig weitere Anlagen auf städtischem Grund errichtet werden können. Denn Handlungsbedarf liegt aus Sicht der Verwaltung zuerst bei der Bundesregierung, nicht bei der Kommune.

Die anschließende Rederunde durch alle Fraktionen zeigt: Worüber in der Bevölkerung längst heftig gestritten wird, ist den Damen und Herren StadtratskollegInnen keine Diskussion wert.

Stadträtin Probst erklärt populistisch, dass die zunehmende Anzahl von Mobilfunkanlagen zwar auch die CSU nachdenklich stimmt, zeigt sich aber „modern und zukunftsorientiert“ und wehrt sich gegen jegliche Einschränkungen für Handy-NutzerInnen.

SPD-Stadträtin Eichelsdörfer versucht engagiert, auf Bedenken und Ängste der BürgerInnen einzugehen, doch ihrem ausgefeilten Sitzungsvortrag und ihren Anträgen schlägt zunehmend Desinteresse entgegen. Mühselig muss sie gegen unqualifizierte Zwischenrufe und -kommentare vor allem aus der CSU ankämpfen.

Der ÜBG-Vertreter macht sich's gewohnt einfach mit der klugen Behauptung, die BürgerInnen wollten überall und jederzeit er-

reichbar sein, was eine Entwicklung sei, die „wir eh nicht aufhalten können“.

Während des Beitrags von GAL-Stadträtin Friedrich steigt der Geräuschpegel ins Unerträgliche. Hartnäckig wirbt sie dennoch für die von ihr gestellten Anträge, mit denen die GAL die windelweiche und inkonsequente Beschlussvorlage der Verwaltung korrigieren will. Erst nach Aufforderung sieht sich OBLauer gezwungen, um Ruhe und Gehör zu bitten.

Stadtrat Witschel (FDP, Dreierfraktion) bricht sichtlich genervt ab, als er während seines gewohnt ruhigen und sachlichen Redebeitrages permanent unterbrochen und überbrüllt wird.

Nach einer persönlichen Erklärung seines Fraktionskollegen Leicht (BR), die nichts zum Thema Mobilfunk beiträgt, sondern eine verbale „Watschn“ gegen Stadtrat Zachert beinhaltet, versucht Stadtrat Becker, den Beitrag der Dreierfraktion zu retten, und übernimmt es, Witschels Wortbeitrag zu Ende zu bringen. Verkneifen kann er sich offenbar nicht die Bemerkung, dass die antragstellenden Fraktionen doch bitte „ihre“ Bundesregierung zum Handeln auffordern sollen.

Ein absurdes Ende findet die Diskussion, die gar keine gewesen ist, im Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Gehringer (REP) - bar jeglichen Wissens um die Thematik, aber gewohnt drastisch von ihm gestellt. Sein Antrag auf Ende der Debatte wird mehrheitlich angenommen. Ein letzter Versuch, die Diskussion wenigstens nur zu vertagen, scheitert kläglich. O-Ton der anwesenden Vertre-

terin der Bürgerinitiative Mobilfunk: „Wir wollten zumindest erreichen, dass der Stadtrat mal das Thema Mobilfunk behandelt. Mehr kann man halt nicht erwarten.“

### Saubermänner allerorten

Sehr am Herzen liegt der Bamberger Stadtverwaltung die Sauberkeit der Stadt. Dies betonte jedenfalls der Verfasser eines Antwortschreibens an die ÜBG, die nach der „Sauberkeit öffentlicher Plätze und Einrichtungen“ fragte (Unterzeichner des Schreibens ist Baureferent Otmar Strauß). Im reinsten Vergeltungsjargon, aber mit entwaffnender Ausführlichkeit und geradezu persönlicher Rührung widmet sich der Autor dem pikanten Thema.

Grundsätzlich sei die Sauberkeit der Stadt von „hohem Standard“. Dieses Ergebnis habe auch die Befragung „einiger Kontaktpersonen“ ergeben, „die sich auf ihrer Arbeit sehr oft im öffentlichen Straßenraum aufhalten“.

Zu bedauern sei freilich, dass aufgrund von „Einsparüberlegungen“ im Jahr 2000 „die zusätzliche Entleerung der öffentlichen Abfallkörbe in den Stadtaußenbezirken an den Wochenenden eingestellt“ wurde. Aber: „Als begleitende Maßnahme wurde zusätzlich sukzessive das Aufnahmevermögen der einzelnen Abfallkörbe erhöht, d.h. es wurden größere Abfallkörbe angebracht und auch die Anzahl der Behälter wurde gesteigert.“ Und: „Trotz der Einstellung dieser Wochenendlee-

erung der Abfallkörbe ist im Normalfall auch weiterhin gesichert, dass diese Abfallbehälter nicht überlaufen.“

Grund zum Ärger bietet jedoch immer wieder die „unrechtmäßige Hausmüllentsorgung von Bürgern, die, um Müllabfuhrkosten zu sparen, zu kleine Mülltonnen vorhalten“. Sie entsorgen ihren Unrat in öffentlichen Abfallkörben – was die Straßenreinigungsmitarbeiter beherzt zu ahnden versuchen: „Wird Hausmüll festgestellt, wird in der Regel versucht, den Veranlasser auffindig zu machen anhand des Mülls und direkt mit ihm Kontakt aufzunehmen.“

Bambergs Saubermänner fechten also eine harte, aber engagierten Kampf gegen Schmutzfinke und Dreckspatzen! Davon konnte sich nun auch die ÜBG überzeugen. (Übrigens: Dass diese sich demnächst in „Saubere Bürgergemeinschaft“ umbenennen will, ist ein schmutziger Gerücht...)

### „Euro-Trick 44“

Wer kennt sie nicht, die Euro-Falle? Firmen und Hersteller, aber auch Dienstleister und alle anderen, die einem in irgendeiner Form Geld abknöpfen wollen, nutzen die bevorstehende Preismstellung auf die neue Währung, um ihren Kunden und Kundinnen kleinere oder größere Preiserhöhungen unterzujubeln. Seriöse Institutionen, die auf sich halten – und dazu gehört in diesem Fall die Stadt Bamberg – haben hingegen die Parole ausgegeben, dass diese Trickserie nicht zum feinen Stil gehört und deshalb tunlichst zu

vermeiden ist.

„Nix da“, sagte sich jedoch die resolute Chefin des Historischen Museums (= Amt 44), Dr. Regina Hanemann, und umging diese Empfehlung elegant. Im Schul- und Kultursenat vom Juni beantragte sie: „Da die notwendige Euroumstellung möglichst nicht mit einer Preiserhöhung verbunden sein soll, beantragt Amt 44 eine geringe Preiserhöhung zur Wintersaison, gültig ab 01.11.2001.“ Nun heißt der Grund für die Preiserhöhung also nicht Euro-Umstellung, sondern Wintersaison. Ob diese Variante vielleicht in Anlehnung an das Amt als „Euro-Trick 44“ in die Verwaltungsgeschichte eingeht?

Die Erhöhung ist immerhin nicht katastrophal: zwischen 6 und 93 Pfennige. Deshalb hat auch die GAL dem Hanemannschen Klein-Coup zugestimmt.

### Sprich ausm Stadtrat:

**Sitzung des Personalsenats, TOP Gleichstellungskonzept:**

**Personalreferent Faust:** „*Wervon einer Benachteiligung von Frauen in der Stadtverwaltung spricht, macht nur seine ideologische Verblendung deutlich.*“

**Alfred Fenn (SPD):** „*Wir brauchen bald einen Männerbeauftragten. Wir haben doch bald das Matriarchat.*“

**Reaktion der SPD-Vertreterinnen Sabine Sauer und Karin Gottschall:** „...“

**Reaktion der Frauenbeauftragten Silvia Zapf:** „...“

Immer aktuell:

### Die Homepage der GAL

- Resolution der GAL Bamberg zu den Terroranschlägen in den USA
- Neuigkeiten zur City-Passage
- aktuelle Pressemitteilungen und Termine

[www.gal.bamberg.de](http://www.gal.bamberg.de)

### impresum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Wolfgang Budde, Petra Friedrich, Peter Gack, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Ursula Sowa

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

Mitarbeiterin dieser Ausgabe: Christine Stahl

Photos: GAL-Archiv, Armin Eckert, Axel Nordmann, Sylvia Schaible, Erich Weiß

Karikatur: Christiane Pfohlmann

Gestaltung und Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 12.000  
Nr. 57 / Oktober 2001